

soli aktuell



Yes, es geht: Die 18. DGB-Bundesjugendkonferenz – ab Seite 6

Bedrohte Jugend

Die Gewerkschaftsjugend bewertet den Koalitionsvertrag.

Liebe Frau Merkel, sie haben drei Monate Zeit: Pünktlich zur feierlichen Vereidigung der Bundeskanzlerin am 28. Oktober 2009 im Bundestag steht ver.di-Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff vor dem Reichstagsgebäude – und erinnert die alte neue Regierungschefin mit einem großen Plakat an ihre Verantwortung für die junge Generation. Bischoff: »Jeder, der einen neuen Arbeitsvertrag unterschreibt, hat in der Regel mindestens drei Monate Probezeit.«

Dem ersten Vernehmen nach stehen die Zeichen zumindest auf Abmahnung: Ein Grundrecht auf Ausbildung und verbindliche Regelungen für die Übernahme sucht man im frischen Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP vergeblich. Dafür aber Aussagen wie diese: »Wir wollen den erfolgreichen Ausbildungspakt mit der Wirtschaft fortführen, weiterentwickeln und laden Gewerkschaften und Länder ein, als neue Partner mitzuwirken.«

Na, das ist ja mal 'ne Grußadresse, findet DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf: »Der Pakt hat vor allem die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt schön gerechnet.«

Für eine Beteiligung am Pakt müsse schon eine klare Vereinbarung über die Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze, eine ehrliche Statistik und eine ernsthafte Diskussion über die Qualität der beruflichen Bildung her.

Statt dessen ist von »Modularisierung und Flexibilisierung« der Ausbildung die Rede. Etwas, das die DGB-Jugend strikt ablehnt. »Moderne Beruflichkeit ist nicht mit Zergliederung der Ausbildung in kleinste Einheiten vereinbar«, sagt Rudolf.

Weil nur Kernberufe mit mindestens dreijähriger Ausbildungszeit das Fundament für Berufsperspektiven bieten.

Kein wirklich guter Tag für die Jugend.

Und so stoßen weitere Absprachen zwischen den Regierungsparteien auf scharfe Kritik: Eine klare Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes steht an. Ein richtungsweisendes Bekenntnis zur sozialen Öffnung der Hochschulen sucht man dagegen vergebens.

Dafür setzt man gern auf die bewährten »Kräfte des Marktes«: Bei den Praktika sind überhaupt keine Änderungen in Sicht, obwohl sie im großen Stil reguläre Beschäftigung verdrängen. Ebenso wenig Positives lässt sich bei der Leiharbeit vermelden: Hier gibt es keine Verbesserungen im Sinne ge-

INHALT

3 projekte

Skandal: Diskriminierung bei Berufsanfängerinnen
Schülerwettbewerb zum 2. Mai 1933

4 projekte

saw-Vernetzungstreffen
Bildungsprogramm 2010
Bildungsstreik
DBJR: Neuer Vorstand

6 thema

Leitlinien der Solidarität: Die 18. DGB-Bundesjugendkonferenz

11 ausbildung + beruf

Zum Bildungsgipfel
Akademische Selbstständige
Angezählt: Die Datenlage

12 bezirke + gewerkschaften

Hamburg: Mehr JAV
Köln: Gegen Rassismus
NRW und Sachsen:
Besuch in Israel


14 jav-ratgeber

Ausbildung in der Krise:
JAV und Insolvenz
Angemessene Vergütung

werkschaftlicher Forderungen à la »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«. Ein Bekenntnis zum Mindestlohn fehlt.

Wenig Anlass zur Freude bieten auch die Vereinbarungen im Kampf gegen Rechts: Die neue Bundesregierung setzt nicht mehr auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern auf die Bekämpfung des politischen Extremismus insgesamt. »Damit werden die in der Gesellschaft liegenden spezifischen Ursachen des Rechtsextremismus nicht mehr gesondert betrachtet«, sagt Rudolf.

Diese Bedrohung werde dadurch abgewertet und die Gefahr für die Demokratie nicht mehr berücksichtigt.

Nein, bisher steht der Koalitionsvertrag nicht für die Verbesserung der Situation junger Leute. 

Die umfassende Bewertung des Koalitionsvertrages:
www.dgb-jugend.de/themen/bildungsmaterialien

Kinderrechte

UNICEF-Daten ■ Nach dem im Oktober 2009 veröffentlichten Bericht des UN-Kinderhilfswerks UNICEF müssen 150 Mio. Kinder unter 15 Jahren hart arbeiten und können deshalb nicht zur Schule gehen. Mindestens eine Million Kinder sitzt in Gefängnissen. Es ist das erste Mal, das das Hilfswerk eine umfassende Bestandsaufnahme zu Kinderrechtsverletzungen weltweit vorlegt.

www.berlin.unicef.de

Es trifft alle

DGB-Studie zu Abiturient/-innen ■ Die Finanzkrise hat seltsame Auswirkungen: Die Arbeitslosigkeit ist bei Abiturient/-innen überdurchschnittlich hoch. Der DGB hat herausgefunden: Sie kletterte um fast ein Viertel gegenüber dem Vorjahr. Bei Personen mit Hauptschulabschluss oder Mittlerer Reife fiel der Zuwachs geringer aus (10,8 bzw. 5,4%).

Die Studie im Internet: www.dgb.de/2009/10

Eindeutig zu viele

Rechte Straftaten ■ Die Fraktion Die Linke hat die Bundesregierung nach politisch rechts motivierten Straf- und Gewalttaten gefragt. In Deutschland, so die Antwort, seien in den Jahren 1990 bis 2008 bei 40 politisch rechts motivierten Gewalttaten insgesamt 46 Menschen ums Leben gekommen. Menschenrechtsexpert/-innen zählten allerdings seit 1990 an die 200 Todesopfer.

Im gleichen Zeitraum ist es laut Regierungangaben zu 141 versuchten Tötungsdelikten gekommen. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 20.422 politisch rechts motivierte Straftaten registriert. Davon konnten 8.134 Delikte aufgeklärt werden. Im August 2009 wurden allein 1.396 politisch rechts motivierte Straftaten gemeldet. Dabei wurden 46 Menschen verletzt. In 56 Fällen (von 1.396) handelte es sich um Gewalttaten, in 872 Fällen um Propagandadelikte. Es wurden 672 Tatverdächtige ermittelt.

dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/140/1614069.pdf

Neues Gesetz

Randalierende Jugendliche ■ In der Debatte über die zunehmende Jugendgewalt plädiert der Deutsche Städte- und Gemeindebund für die Einrichtung eines Sachverständigenrates zur Gewaltprävention. Der Rat könne Eckpunkte für ein Anti-Gewalt-Gesetz erarbeiten, sagte der Geschäftsführer des Städtebundes, **Gerd Landsberg**.

Landsberg sprach sich für eine nachhaltige, abgestimmte Präventionsstrategie aus. Die Gewalttaten, wie die jüngsten Amokläufe oder die Tötung eines S-Bahn-Fahrgastes in München, verdeutlichten, dass kurzfristige Konzepte nicht erfolgreich seien.

www.jugendsozialarbeit.de

Deutschland hinten

Urlaubsregeln ■ Im weltweiten Vergleich ist der gesetzlich vorgeschriebene Jahresurlaub in Finnland, Brasilien und Frankreich am längsten, in Kanada und China am kürzesten. Deutschland gehört zu den Ländern, die mit 20 Tagen den geringsten gesetzlichen Urlaubsanspruch in Europa haben.

In anderen europäischen Ländern liegt der gesetzliche Urlaubsanspruch teilweise deutlich höher. So stehen Arbeitnehmer/-innen in Großbritannien 28 Tage zu. Polen liegt mit 26 Tagen knapp dahinter, gefolgt von Österreich, Schweden und Norwegen mit 25 Tagen. In Spanien und Portugal sind 22 Urlaubstage pro Jahr vorgeschrieben.

www.mercer.com/referencecontent.htm?idContent=1360495

Ein Tag frei



Langendörfer

Muslimischer Vorschlag

Der Vorschlag der Türkischen Gemeinde in Deutschland, an einem muslimischen Feiertag allen Kindern schulfrei zu geben, hat unterschiedliche Reaktionen ausgelöst.

Die Deutsche Bischofskonferenz lehnt eine solche Regelung ab. Muslimische Kinder könnten an hohen islamischen Feiertagen vom Unterricht befreit werden, um religiösen Pflichten nachzugehen, betonte jedoch der Sekretär der Bischofskonferenz, Pater **Hans Langendörfer**.

www.tgd.de

Übergänge untersucht

BIBB: Neuer Datenreport ■ Im deutschen Berufsbildungssystem haben die Schwierigkeiten beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung in den vergangenen 15 Jahren drastisch zugenommen. Weitgehend unbekannt ist bisher, wie hoch der Anteil der Jugendlichen ist, die vor Eintritt in eine vollqualifizierende Ausbildung eine oder mehrere Übergangsmaßnahmen besuchen. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) ist dieser Frage nun nachgegangen.

www.bibb.de/de/52414.htm

Zum Wegziehen

Woanders studieren ■ Studienaufenthalte an ausländischen Hochschulen werden unter deutschen Studierenden immer beliebter. So waren 2007 ca. 90.000 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben und damit acht Prozent mehr als 2006. Beliebteste Zielländer sind die Niederlande, Österreich und Großbritannien.

www.his.de

Hörsäle besetzt

Österreich: Studierende protestieren ■ In Wien sind im Herbst 2009 tausende Studierende auf die Straße gegangen, um gegen die Bildungspolitik der Regierung zu protestieren. Der größte Hörsaal der Universität Wien wurde wochenlang von hunderten Hochschüler/-innen besetzt gehalten. Proteste gab es auch in Graz, Linz und Klagenfurt.

Die Studierenden fordern eine grundlegende Überarbeitung des neu eingeführten Bachelor-Master-Systems. Zudem sind die Demonstrierenden gegen die Wiedereinführung von Studiengebühren und Zulassungsbeschränkungen.



Änderungen befürchtet

Schulsystem ■ Das deutsche Schulsystem steht nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung durch die sinkenden Schülerzahlen vor radikalen Veränderungen. Bis zum Jahr 2025 wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen sechs und 18 Jahren voraussichtlich von knapp 11 auf 9 Mio. sinken. Außerdem hat die Stiftung bildungsrelevante Daten für alle Kommunen ab 5.000 Einwohner/-innen zusammengestellt.

www.wegweiser-kommune.de

Azubi ohne Vertrag

Kein Vertrag kostet ■ Weil er der Landesapothekerkammer keinen Ausbildungsvertrag für seine Auszubildende zur Genehmigung vorgelegt hat, hat das Verwaltungsgericht Mainz einem Apotheker wegen Verletzung seiner Berufspflichten einen Verweis erteilt und ihm eine Geldbuße in Höhe von 7.000 Euro auferlegt.

Der Apotheker beschäftigte in seiner Apotheke eine junge Frau im Rahmen ihrer Ausbildung zur Pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten. Der Aufforderung der Kammer, den Ausbildungsvertrag vorzulegen, war der Apotheker nicht nachgekommen.

[Verwaltungsgericht Mainz, Az.: H 3/09.MZ](http://www.verwaltungsgericht-mainz.de)

Neuer Name

AdA heißt jetzt EAdA ■ Die Akademie der Arbeit (AdA) heißt jetzt Europäische Akademie der Arbeit (EAdA). Anlässlich der Eröffnungsfeier des 74. Lehrgangs am 14. Oktober 2009 wurde der neue Name über dem Eingang des Gebäudes an der Universität Frankfurt/M. enthüllt.

Weitere Informationen: www.akademie-der-arbeit.de

Ursache: Benachteiligung

Bereits Berufsanfängerinnen verdienen weniger als ihre männlichen Kollegen. Das WSI-Projekt »LohnSpiegel« hat den Grund gefunden.

Es fängt schon ganz früh an: Bereits bei den Berufsanfängerinnen zeigt sich ein deutlicher Einkommensrückstand von Frauen gegenüber Männern. Frauen mit bis zu drei Jahren Berufserfahrung verdienen durchschnittlich 18,7 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Projekts »LohnSpiegel« vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Grundlage der Untersuchung sind Daten der »LohnSpiegel«-Datenbank, die auf

einer seit 2004 laufenden Online-Erhebung basiert. Die Auswertung bezieht 106.000 Datensätze ein, darunter rund 16.000 Sätze von Berufsanfänger/-innen und jungen Leuten mit bis zu drei Jahren Berufserfahrung. Für den europäischen Vergleich zogen die Forscher/-innen sogar 75.000 Datensätze von Berufsanfänger/-innen aus acht Ländern heran.

Die Zahlen haben auch ergeben, dass der Abstand zwischen Männern und Frauen nach vier bis zehn Jahren Berufserfahrung auf 21,8 Prozent steigt.

Laut Projektleiter Reinhard Bispinck lassen sich die Einkommensrückstände von Frauen nur zum Teil durch unterschiedliche

berufliche Präferenzen, Unterschiede in der Ausbildung sowie berufliche Unterbrechungen aufgrund von Kindererziehung erklären.

Woran es liegt? »Die Analysen des WSI bestätigen den Befund, dass ein wichtiger

Ein wichtiger Teil des geschlechtsspezifischen Lohnrückstandes ist auf die diskriminierende Behandlung von Frauen zurückzuführen.

Teil des geschlechtsspezifischen Lohnrückstandes auf die unterschiedliche, auch diskriminierende Behandlung von

Frauen im Berufsleben zurückzuführen ist«, sagt Bispinck.

Und dies ist offensichtlich ein Faktor, der schon während der Ausbildung greift: Denn schon dort herrscht diese Ungleichheit, wie der diesjährige DGB-Jugend-Ausbildungsreport erbracht hat. Die durchschnittliche Ausbildungsvergütung ist bei den männlich dominierten Ausbildungsberufen um mehr als 100 Euro bzw. fast 22 Prozent höher als bei den weiblich dominierten.

Deshalb fordert die DGB-Jugend die »umfassende Aufwertung so genannter typischer Frauenberufe, um der dort geleisteten Arbeit gerecht zu werden«, wie DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf sagt: »Es muss gelingen, das Berufswahlspektrum von jungen Frauen zu erweitern und sie für Berufe zu interessieren, in denen die strukturellen Rahmenbedingungen und Perspektiven günstiger sind.« [S](#)

Reinhard Bispinck u.a.: Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede nach dem Berufsstart und in der ersten Berufsphase, Düsseldorf 2009. Im Download: www.boeckler.de/pdf/pm_ta_text_2009_10_01.pdf

»LOHNSPIEGEL«-UNTERSUCHUNG 2009

Schöne Aussichten

Der Gender Pay Gap (GPG; Unterschied in der Bezahlung zwischen den Geschlechtern) steigt mit den Berufsjahren: Frauen mit einer Berufserfahrung von bis zu drei Jahren verdienen 18,7% weniger als ihre männlichen Kollegen. In der Gruppe mit vier bis zehn Jahren Berufserfahrung wächst der Abstand auf 21,8%.

Im Westen fällt der GPG höher aus als im Osten. Dort geht er anders als im Westen mit wachsender Zahl der Berufsjahre zurück

In den Wirtschaftssektoren variiert der GPG bei Berufsanfänger/-innen zwischen 4,9% (Energie/Wasser) und 21,2% (Kredit/Versicherungsgewerbe)

Je größer der Betrieb, desto größer der absolute Einkommensrückstand weiblicher Berufsanfänger. Relativ bleibt der GPG jedoch weitgehend gleich

Nach Aufschlüsselung von Berufsgruppen zeigen sich deutliche Unterschiede des GPG bei Berufsanfänger/-innen. Er reicht von unter 10% in EDV-/IT-Berufen bis zu 20% und mehr in den Berufen der Nahrungsmittelverarbeitung

Im europäischen Vergleich mit sieben anderen Ländern trägt Deutschland beim GPG die Nase ziemlich weit oben: Die Spannweite des GPG bei Berufsanfänger/-innen reicht von 9,4% in Belgien und 9,8% in Dänemark bis zu 26% in Polen und 30,4% in Spanien. [S](#)

Gewerkschaftshaus gesucht

Erinnerung und kritisches Bewusstsein, Geschichte und Politik: Schülerwettbewerb zur Geschichte des 2. Mai 1933.

Der Schülerwettbewerb zur Geschichte des 2. Mai 1933 findet auch im Schuljahr 2009/10 statt. Am Beispiel eines Gewerkschaftshauses in der eigenen Stadt oder Region sollen die Geschehnisse des 2. Mai 1933, des Tages des nationalsozialistischen Überfalls auf die Gewerkschaftshäuser, recherchiert und dargestellt werden. Teilnehmen können Klassen, Teams oder Einzelne aus den Jahrgängen 8 bis 11 aller Schularten.

Die geschichtliche Erinnerung wach zu halten und das kritische Bewusstsein gegen

Neonazis zu stärken, ist das wichtige Ziel des Schülerwettbewerbs. Jugendliche im Alter von 14 bis etwa 17 Jahren sollen motiviert werden, sich mit der lokalen Geschichte der Arbeiterbewegung einerseits und dem Nationalsozialismus andererseits auseinander zu setzen.

Für die Prämierung der Arbeiten stellt die gewerkschaftliche Immobiliengesellschaft GIRO insgesamt 25.000 Euro zur Verfügung. Schirmherr des Wettbewerbs unter dem Motto »Geschichte und Politik für junge Köpfe« ist der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

Letzter Abgabetermin ist – je nach Bundesland – der erste Ferientag der Sommerferien 2010, also zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen der 15. Juli 2010.

Die Preisverleihung findet Ende des Jahres 2010 in Berlin statt, inklusive Reise in die Bundeshauptstadt und zwei Übernachtungen für die drei Hauptpreisträger/-innen.

Im Schuljahr 2008/09 waren rund 30 Beiträge ausgezeichnet worden. Eine Realschulklasse aus Niedersachsen hatte den Hauptpreis gewonnen. [S](#)

Infos unter www.zweiter-mai-1933.de

Gewerkschafts-Label

Ideen, Pläne, Erfahrungen und Erfolge auf dem »Students at work«-Vernetzungstreffen im Hamburg.

Von **Sabrina Klaus-Schelleter** und **Andreas Schackert**

Im Herbst vor fünf Jahren gab es in Hamburg lange Debatten: Soll die neue »Students at work«-Beratung nun Campus Office heißen, oder doch lieber Hochschulinformationsbüro (HiB) – darüber zerbrachen sich damals Hamburgs ehren- und hauptamtliche Gewerkschafter/-innen die Köpfe.

Heute würde diese Frage wohl weniger Emotionen verursachen, denn die Bezeichnungen sind über die Jahre austauschbar geworden. An 53 Orten in der gesamten Republik gibt es mittlerweile gewerkschaftliche Beratungsangebote für studentische Jobber/-innen – und mit dem Erfolg haben sich die Diskussionen geändert.

Jetzt trafen sich in Hamburg Gewerkschaftssekretär/-innen, Berater/-innen und andere Aktive aus HiBs, Campus Offices, Kooperationsstellen und anderen Bereichen gewerkschaftlicher Studierendenarbeit, um die gemeinsame Arbeit weiterzuentwickeln. Die Workshops, Referate und Diskus-

sionen auf der turnusmäßigen Vernetzung, zu der der Bereich Jugend beim DGB-Bundesvorstand geladen hatte, zeigten einmal mehr, dass sich die Formen und Ansprüche gewerkschaftlicher Studierendenarbeit wandeln.

Lange Zeit stand die Beratung jobbernder Studierender im Mittelpunkt von »Students at work« (saw), zuerst auf der vor sieben Jahren online geschalteten Website, bald auch in immer mehr hochschulnahen gewerkschaftlichen Beratungsbüros.


Doch die Beratung sollte nur der Fuß in der Tür der Hochschule sein – Hochschularbeit ist für den DGB, die GEW, die IG Metall oder die ver.di lange schon mehr: Zielgruppen-, Mitglieder- und (hochschul)politische Arbeit in einem.

Entsprechend vielfältig war das Programm dieser saw-Vernetzung: Die Überlegungen und Konzepte zu Impulsen des Organizing-Ansatzes für die gewerkschaftliche Studierendenarbeit und zum »mobilen HiB«, das die Präsenz jenseits des Beratungsbüros verbessern hilft, wurden in Arbeitsgruppen weiterentwickelt; daneben lernten die Teilnehmer/-innen noch eine Praktikumsinitiative des Dresdner Studierendenrates und das neue

Konzept für die zentrale Schulung der saw-Berater kennen.

»Students at work« ist schon heute das Label, unter dem vielerorts Reichhaltiges angeboten wird: Veranstaltungen, Seminare, Publikationen und hochschulpolitische Arbeit. Pläne, Erfahrungen und Erfolge der Haupt- und Ehrenamtlichen aus Heidelberg, Oldenburg, Dresden und anderen Orten, die zum Beispiel mit Organizing-Ansätzen gemacht wurden (erstmal lange zuhören, dann reden) – auch sie waren in Hamburg Thema. Natürlich auch: welche Konflikte auftauchen und wie sie zu lösen sind.

In Hamburg hat man sich damals übrigens für die Bezeichnung »Campus Office« entschieden und der Name hat dort schon einige Umbrüche und Umzüge überstanden. Ob »Students at work« ferner das Label für die

gewerkschaftliche Studierendenarbeit jenseits der weiterhin wichtigen Beratungsangebote für jobbende Studis bleibt, wird sich zeigen. 

Alle lokalen saw-Beratungen: www.dgb-jugend.de/studium/vor_ort

Sabrina Klaus-Schelleter ist politische Referentin der DGB-Jugend, Andreas Schackert ist saw-Berater.



BILDUNGSPROGRAMM 2010 DER DGB-JUGEND

Fit und handlungsfähig

Internationale Solidarität als Seminarthema – die DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen macht's möglich: Junge Gewerkschafter/-innen und die Studierenden des Master-Studiengangs »Labour Policies and Globalisation« aus Asien, Afrika, Lateinamerika, Europa und Nordamerika werden sich hier ab dem 30. September 2010 mit den Aktiven des Arbeitskreises Internationales der DGB-Jugend zusammensetzen, um weltweite gewerkschaftliche Probleme, Trends und Gefahren zu debattieren.

»Dies ist sicher eines der Highlights des neuen DGB-Jugendbildungsprogramms. Aufgrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise ist es wichtiger denn je, internationale gewerkschaftliche Solidarität aufzubauen und globale Positionen zu entwickeln«, sagt Florian Haggemiller vom Bereich Jugend beim

DGB-Bundesvorstand, der in diesem Jahr Dirk Neumann als Bildungsreferent abgelöst hat. Gemeinsam mit Astrid Henn und René Koroliuk ist er für die künftige Bildungsarbeit verantwortlich.


Die drei haben ein gemeinsames Ziel: »Wir wollen junge Menschen für ihre gewerkschaftliche Jugendarbeit fit und handlungsfähig machen«, wie Haggemiller sagt.

Das Programm ist in vier Bereiche gegliedert: Unter »Qualifizierung« geht es darum, junge Menschen darauf vorzubereiten, grundlegende Methoden der Diskussions- und Gesprächsführung zu erlernen und letztlich selbst Seminare durchführen zu können.

Die Seminare im Bereich »Politik« orientieren sich an den zentralen Themen der DGB-Jugend: Gute Ausbildung, Gute Arbeit, Gutes Leben.

Hier werden die Formen der Arbeit im 21. Jahrhundert ebenso diskutiert wie die Durchführung von Organizing-Kampagnen.

Im Bereich »DGB-Jugend-Projekte« wird es sowohl die etablierten Teamschulungen für die Projekttag »Demokratie und Mitbestimmung« geben, Seminare für das Projekt »Students at work« als auch Teamschulungen zu neu konzipierten Seminaren wie die »Bausteine für den Berufsschulunterricht«.

Erstmalig wird auch eine Trainer/-innen-Ausbildung angeboten: »Sowohl die Berufsschularbeit als auch die Arbeit mit Studierenden an den Hochschulen sind zu zentralen Projekten der Gewerkschaftsjugend in der politischen Jugendbildung geworden«, sagt Bildungsreferentin Henn: »Die DGB-Jugend will mit dieser fünfteiligen Ausbildung einen weiteren Schritt hin zu einer nachhaltigen und qualitativ hochwertigen politischen Jugendbildungsarbeit gehen.« 

Infos und Buchungen: www.dgb-jugendbildung.de

Gedruckt könnt ihr das Seminarprogramm bei der DGB-Jugend bestellen: Silvia Grigun, Tel.: 030 / 240 60 371, E-Mail: jugend@dgb.de und auf www.dgb-jugend.de/broschueren



Streik für Grundrechte

Die DGB-Jugend erklärt sich mit den »Bildungsstreiks« im November 2009 solidarisch.

Besetzungen, Streiks, Flashmobs – an über 100 Hochschulen Deutschlands legten Studierende im November 2009 den Betrieb lahm.

Das Ziel: auf Missstände im Bildungssystem aufmerksam machen. Die Studierenden begründen ihre Proteste mit überlasteten Studiengängen, sozialen Ungleichheiten im Bildungssystem, der chronischen Unterfinanzierung der Unis sowie Mängeln bei der Umstellung auf Bachelor- und Master-Abschlüsse.

Die DGB-Jugend erklärt sich solidarisch mit der November-Ausgabe des »Bildungsstreiks 2009«: »Alle Menschen haben ein Grundrecht auf Bildung. Sie ist die unverzichtbare Grundlage für Lebensperspektiven, Berufschancen und selbstbestimmte Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

»Die Proteste sind ein Ausdruck dessen, was in unserer Gesellschaft schief läuft«, konstatiert IG BAU-Bundesjugendsekretär Christian Beck: »Ein sozial selektives Bildungssystem, Studiengebühren und die Einführung eines unflexiblen und verschulden Graduiertensystems von Bachelor und Master sind Gift für die Wissensgesellschaft.«

Wer sich gegen die Studierenden wendet, verschließe die Augen vor der Situation und beweise, dass er keinerlei Interesse habe, die katastrophalen Missstände zu beheben. Das Bildungssystem werde seit Jahren auf finanzielle Rendite getrimmt, Lernen zunehmend dem Diktat des Marktes unterworfen. Der Zugang zu Hochschulen werde durch die Einführung von Studiengebühren wieder zur sozialen Frage.

»Die Krise trifft die junge Generation besonders hart gerade mit Blick auf den demographischen Wandel. Bereits jeder achte Erwerbslose ist unter 25 Jahre alt«, sagt Stephan Otten, DGB-Jugendbildungsreferent in Köln.

Und die junge GEW weist darauf hin, dass auch die prekären und mitunter ausbeuterischen Beschäftigungsverhältnisse von akademischen Nachwuchskräften an Hochschulen ein Skandal seien. Die Gewerkschaften teilen die Kritik der Studierenden an der Ökonomisierung des Bil-

dungssystems, an Master-/Bachelor-Studiengängen und an den undemokratischen Entscheidungsstrukturen innerhalb der Hochschulen. Sie unterstützen die Forderungen nach mehr Mitbestimmung, Abschaffung der Studiengebühren und nach einer bedarfsgerechten Finanzierung von Hochschulen.

Auch eine konkrete Summe wurde genannt, die als Plus ins Bildungssystem fließen muss: Für die Verwirklichung eines hochwertigen und leistungsfähigen Bildungssystems ist nach DGB-Berechnungen ein Mehrbedarf von jährlich mindestens 36,94 Milliarden Euro nötig.

Die Gewerkschaftsjugend hat die Streikaktionen vor Ort auch ganz praktisch unterstützt. »Wir haben Infrastruktur bereitgestellt, Kontakte vermittelt und Dinge wie Megafone ausgeliehen. Mancherorts waren auch Demos von der DGB-Jugend angemeldet«, berichtet Annika Wörsdörfer, DGB-Bezirksjugendsekretärin in Baden-

**BUNDESWEITER
BILDUNGSSTREIK
IM WINTER 2009**



Württemberg. Viele Jugendbildungsreferent/-innen überbrachten Grußworte in die besetzten Universitäten.

Im April 2010 werden die Proteste fortgesetzt. »Dann werden Studierende und Gewerkschaftsjugend in starkem Maße zusammenarbeiten«, verspricht Antonia Kühn, DGB-Bezirksjugendsekretärin in NRW.

Im Rahmen der »Bildungsperspektive« werden Landes-ASTen, das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren, der Freie Zusammenschluss der StudentInnenschaften und andere Verbände gemeinsam mit der DGB-Jugend aktiv werden. [S](#)

Bereits zu den Bildungsstreiks im Juni 2009 hatte die DGB-Jugend ein Zehn-Punkte-Programm für eine nationale Bildungsstrategie entwickelt. Ausführlich auf www.dgb-jugend.de/dgb_jugend/meldungen, »Bildungsstreik«

DBJR: NEUER VORSTAND MIT DGB-JUGEND-BETEILIGUNG



Der DBJR-Vorstand (v.l.): Ursula Fehling, Dirk Neumann, Sven Frye, Kathrin Moosdorf, Alexander Bühler, Natalya Bilgic und Florian Dallmann

»Fachpolitische Stimme«

Dirk Neumann (35) von der DGB-Jugend ist einer der Stellvertreter des neuen Vorsitzenden des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR), Sven Frye (33, Die Falken), der während der DBJR-Vollversammlung am 30. und 31. Oktober 2009 in Kiel gewählt wurde.

Der DBJR und seine Jugendverbände und -ringe seien die fachpolitische Stimme der Kinder und Jugendlichen, sagte Frye. »Unser Ziel ist eine starke und eigenständige Jugendpolitik, und die werden wir mitgestalten«, so der neue Bundesvorsitzende.

Dem Vorstand gehören auch Kathrin Moosdorf (28, Pfadfinderinnenschaft St. Georg), Ursula Fehling (27, Bund der Deutschen Katholischen Jugend), Natalya Bilgic (23, Deutsche Jugend in Europa) Florian Dallmann (39, Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland) und Alexander Bühler (37, Arbeiter-Samariter-Jugend) an.

Der DBJR ist die Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und Jugendringe in Deutschland. Mehr als 5,5 Millionen Kinder und Jugendliche sind im DBJR organisiert. [S](#)

www.dbjr.de

Leitlinien der Solidarität



Durchsetzungsfähig, kampagnengeschult: Die DGB-Jugend auf ihrer Konferenz im Jahr 2009

Die Positionen für die nächsten vier Jahre festgezogen: Vom 19. bis 21. November 2009 fand in Göttingen die 18. DGB-Bundesjugendkonferenz statt.

Noch stark unter dem Einfluss der Koalitionsverhandlungen stand die 18. Bundesjugendkonferenz (BJK) des DGB. Die Zusammenkunft der 116 Delegierten aus den Jugendabteilungen der acht Einzelgewerkschaften IG BAU, IG BCE, GdP, GEW, IG Metall, NGG, Transnet und ver.di war noch keine drei Stunden alt, da stand schon die »Göttinger Erklärung«: »Die Gewerkschaftsjugend fordert von der neuen Bundesregierung eine solidarische, sozial gerechte Politik zum Wohle aller Menschen«, heißt es darin. Insbesondere die Chancen und Möglichkeiten der jungen Generation seien dringend zu verbessern: »Hierzu bedarf es der gerechten Verteilung gesellschaftlichen Reichtums und der konsequenten Förderung und Weiterentwicklung des Solidargedankens.«

Die Erklärung – ein starkes Zeichen dieser Konferenz. Dass sie notwendig ist, ist schlimm: Denn mit der Solidarität scheint es in den Augen der Gewerkschaftsjugend nach Lektüre des Koalitionsvertrages der Regierungsparteien nicht weit her zu sein. Eine klare Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes steht in Aussicht, eine sozial gerechte Hochschulpolitik leider

nicht. Der Mindestlohn, Herzensanliegen der Gewerkschaften, ist in weite Ferne gerückt. Ganz klar: Die BJK steht unter dem Motto »Gute Ausbildung. Gute Arbeit. Gutes Leben. Wir sind dran!« Da kann sie die Bundesregierung nicht ungeschoren davonkommen lassen.

Die Stadt Göttingen, in deren Stadthalle das Treffen stattfindet, bietet da eine gute Umgebung – dort ist das Stadtbündnis aktiv, ein Zusammenschluss von Schüler/-innen, Studierenden und Gewerkschafter/-innen. Der Initiativantrag Nummer fünf kann also gleich umgesetzt werden: Vom Dach der Stadthalle geht eine Videobotschaft

an alle Bildungsstreikenden heraus.

Gleichwohl ziehen die Delegierten in die Stadt und setzen dort gemeinsam mit den Stadtverbündeten eine Aktion um: Straßen werden umbenannt, Menschenschlangen gebildet.

Keine Frage, in Göttingen sind die Delegierten gut aufgehoben: »Wir fühlen uns wohl hier, wir sind unter Freunden«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

Die Gewerkschaftsjugend möchte sich hier und im Alltag als Interessenvertretung der jungen Generation verstanden wissen. Junge Gewerkschafter/-innen legen seit langem ein hohes Maß an Engagement an den Tag, wenn es gegen Prekarität der Lebens-

bedingungen und den Rechtsruck in der Gesellschaft geht. Gefordert sind Internationalität, faire Regeln für Arbeitnehmer/-innen weltweit, Regeln gegen Diskriminierung. »Jugendliche stellen Forderungen und mischen sich ein«, sagt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki in seiner Rede: »Und ihr seid das beste Beispiel dafür.«

Eine Arbeit, die nicht verpufft. Der Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaftsjugend, Jürgen Michlmayr, schätzt das internationalistische Engagement der DGB-Jugend: »Glückauf aus Österreich« – gegen Rassismus und Prekarität müsse man europaweit geschlossen vorgehen.

Ori Strassberg vom israelischen Gewerkschaftsdachverband Histadrut erinnert an den regen Austausch zwischen den Jugendsektionen der beiden Gewerkschaftsverbände: »Sie sind eine unglaubliche Bereicherung.«

Die Parteijugenden haben Grußbotschaften geschickt, die Jugendverbände schauen vorbei. Christoph Butterwegge, der Kölner Politologe, hält ein mitreißendes Impulsreferat über die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland. Sein Fazit: »Man kann die Gesellschaft verändern. Ich bekenne mich dazu, Weltverbesserer zu sein.«

»Da wir hier alle auch Weltverbesserer sind«, antwortet André Hinz von der ver.di Jugend, »werden wir deine Gedanken weiterdenken.«

Wenn es der Jugend nicht gut geht, geht es auch der Gesellschaft...

...nicht gut. Denn Jugendpolitik ist Gesellschaftspolitik.

Nun beginnt die eigentliche Arbeit des Kongresses: 236 Anträge, über 50 Änderungsanträge und sechs Initiativanträge wollen beschlossen werden.

»Gute Ausbildung« ist der erste Antragsblock überschrieben. Fast 50 Anträge versammelt er. Da gibt's Gesprächsbedarf. Zum Beispiel bei Antrag 37: Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) soll auf Initiative der IG BCE-Jugend geändert werden. Denn in deren Aktionsbereich tut sich das Problem auf, dass »lernschwache« Jugendliche in ein Programm namens »Anlauf zur Ausbildung« hineinsollen. Das beinhaltet durchaus eine Ausbildungsverlängerung bis zu einem Jahr. Nun kann die Ausbildung insgesamt bis zu 4,5 Jahre dauern. Da das BBiG nur Ausbildungen bis 3,5 Jahre zulasse, müsse es angepasst werden, so die IG BCE-Antragsteller/-innen. Manche Leute brauchten diese Zeit. Dann aber hätten sie unter Umständen – nach derzeitigem Recht – zwei Verträge statt einem. Bis zu 16 Monate Probezeit drohten.

Die anderen Gewerkschaftsdelegationen wollen diesen Antrag auf jeden Fall ablehnen. Jörg Grünefeld von der ver.di Jugend: »Die Frage von der Ausbildungsfähigkeit ist nur dazu da, damit sich die Betriebe vor ihrer Verantwortung drücken können.«

Es sei durchaus sinnvoll, in der Ausbildung über Verlängerungen zu diskutieren. »Aber nicht vorher«, so der ver.di-Jugend-Bundvorsitzende.

»Na super – lieber dann, wenn die Azubis durchgefallen sind. Gegen Schmalspurausbildungen haben wir uns doch auch immer gewehrt«, kontert IG BCE-Bundesjugendsekretärin Katy Hübner, die das Problem aktuell mit dem großen Chemie-Arbeitgeber BASF im Hause hat. Warum soll jetzt eine Verlängerung falsch sein? Nein, der IG BCE-Jugend-Antrag sei richtig. Und wird doch von der Konferenz abgelehnt.

Auch der Wunsch nach Zertifizierung von Betrieben nach Kriterien für Gute Ausbildung durch den DGB, wie er in Antrag A43 von der DGB-Jugend West eingebracht wird, lässt sich kaum durchsetzen. Die oft miserablen Ausbildungsbedingungen sollen damit verbessert werden. Allerdings wäre der Aufwand sehr groß. Und: »Wenn der nächste Arbeitgeber, bei dem ich mich bewerbe, sieht, dass ich in einem Scheißbetrieb ausgebildet wurde, werde ich es schwieriger haben«, wie ein Kollege der jungen NGG deutlich anmerkt.

Holger Meuler von der DGB-Jugend Saar ist der Meinung, die Mitgliedsgewerkschaften sollten diese Kriterien entwickeln. Außerdem sei zu bedenken: Was selbstver-

ständig sein sollte – gute Ausbildungsbedingungen –, müsse nicht extra zertifiziert werden. Nein, auch dieser Antrag schafft es nicht.

Have a break, have Bürgermeister: Für viel Aufsehen sorgt Göttingens Stadtoberer Ulrich Holfleisch (Grüne) mit seinem Grußwort. »Ein wunderschönes Bild: So viele fleißige junge Leute sieht man selten.« Großes Gelächter.

Es geht aber auch ohne Witze. Und so dürfte er der erste Bürgermeister Deutschlands sein, der öffentlich die Autonome Antifa lobt: »Göttingen ist frei von Ausländerfeindlichkeit – das verdanken wir nicht zuletzt einigen autonomen Jugendlichen.«

Danach tauchen die engagierten Delegierten wieder in die Materie ein: Block B, Leitantrag Gute Arbeit. Und viele, viele weitere Anträge. Bis 23 Uhr muss am zweiten Tag beraten werden. Lange Debatten gibt es darum, ob man ein NPD-Verbot fordern soll (Antrag angenommen).

Dementsprechend duster sind manche Augenhöhlen, als die Konferenz am dritten Tag auf die Zielgerade kommt. »Gegen Rechtsextremismus und Gewalt – und denkt an die DGB-Strukturreform« lässt sich der Samstag morgen überschreiben.

Gleich zu Beginn meldet sich Simon Farr, Mitglied der jungen Gruppe in der GdP. Kopien haben die Beamt/-innen ausgeteilt, ihre Berufskleidung angelegt: Gewalt gegen Polizist/-innen während der Berufsausübung habe enorm zugenommen. Die jungen Beamt/-innen haben keine Lust auf Beleidigungen oder gar Schlägereien bei Demos – und schon gar nicht bei Gewerkschaftsdemos! Das machen sie hier klar. Farr: »Wir sind doch extra im DGB organisiert. Als Menschen, nicht als Polizisten.«

Dass die Arbeit »schwer« ist, kann bewiesen werden: Jeder kann mal eine der sperrigen Einsatzwesten anlegen, die auf den Tischen der jungen Gruppe stehen.

Die nächste gewichtige dicke Hausnummer ist die Strukturreform des DGB. Die Gewerkschaftsvorsitzenden haben sie erarbeitet, und sie beinhaltet viele Neuerungen. Es wird Land- und Stadtkreise

sowie Bezirke geben. Die DGB-Regionen in ihrer jetzigen Form werden abgeschafft. Es soll ein anderes Stimmrecht auch und besonders für die Jugend geben. »Hoffentlich habt ihr das alle diskutiert«, mahnt René Rudolf.

Manch einem kommen Zweifel, ob man sich während der Konferenz nicht mit zuviel Nebensächlichkeiten und Selbstverständlichem aufgehalten hat. Was bedeutet die Reform für die Jugendstrukturen? In den DGB-Vorständen wird die Jugend keine

Stimme mehr haben, nur noch beratende Funktion. Was sind die Vor- und Nachteile dieser Reform? Hätte man nicht darüber sprechen müssen?

Zu spät. Ohnehin müssen große Teile – die Antragsblöcke D bis G – zur Entscheidung an den Bundesjugendausschuss weitergeleitet werden.

Gegen Mittag ist die Konferenz vorbei: Die Delegierten haben die Situation junger Leute diskutiert, Leitlinien festgezogen, sie haben sich klar gegen Nazis von der NPD positioniert. Nun müssen sie die Beschlüsse umsetzen. [S](#)



DGB-Bundesjugendkonferenz: Abstimmen in Göttingen



Glückauf aus Österreich: Jürgen Michlmayr und Florian Zuckerstätter



Mit Weste: junge Gruppe in der GdP

Positionen und Aktionen

Die wichtigsten Beschlüsse und Initiativen der 18. DGB-Bundesjugendkonferenz.

Die wichtigsten Beschlüsse der DGB-Bundesjugendkonferenz (BJK) waren die fünf Leitanträge – drei von ihnen wurden mit Änderungen beschlossen. Dies betrifft die Anträge der Blöcke A, B und C: Gute Ausbildung, Gute Arbeit und Gutes Leben – diese drei von fünf Leitlinien stehen über den insgesamt 236 Anträgen BJK. Sie beschreiben die Kernthemen der Gewerkschaftsjugend.

Die Leitanträge zur Jugendbildung und zur Mitbestimmung wurden dem Bundesjugendausschuss überwiesen – wie auch alle anderen Anträge der Blöcke D bis G (außer G 12 zu politischen Streiks). Darunter finden sich Themen wie die Industrie-, Energie- und Umweltpolitik und »DGB-Jugend aktiv« (insgesamt 60 Anträge).

Im Antragsblock H hat es wichtige Beschlüsse in Sachen DGB-Strukturreform gegeben, die in der Zukunft noch eine Rolle spielen werden. Insbesondere zum Thema Stimmrecht der DGB-Personengruppen in den DGB-Vorständen dürfte es noch Diskussionen geben.

Initiativanträge – also Anträge, die während der Konferenz eingebracht wurden – gab es sechs: »Hände weg von unserer Bahn« heißt der erste. Er fordert die Rücknahme aller Privatisierungspläne bei der Deutschen Bahn AG.

Initiativantrag 2 sollte die Solidarität der Delegierten mit den Besetzer/-innen an den Hochschulen während des Bildungsstreiks unterstreichen. Die Umsetzung ging zackizacki: Noch am selben Tag wurde eine Grußbotschaft gedreht und bei Youtube hochgeladen. Sage noch einer, Gewerkschaften seien schwerfällige Apparate.

Initiativantrag 3 fordert den DGB-Bundesvorstand auf, sich dafür einzusetzen, die inhaltliche Ausrichtung und Zielsetzung der Europäischen Akademie der Arbeit zu erhalten.

Mit Initiativantrag 4 unterstützt die BJK die Kampagne »Brot und Rosen«, die sich für die (erneute) Eigenständigkeit der ehemaligen Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik einsetzt.

Initiativantrag 5 betrifft die Hans-Böckler-Stiftung. Ihr Leitbild soll in der Gewerkschaftsjugend diskutiert werden.

Mit dem Initiativantrag 6 hat sich die BJK für die Ächtung von Gewalt in der Gesellschaft ausgesprochen. Maßgeblich richtet sich dies gegen Angriffe auf Menschen während ihrer Berufsausübung – in der Feuerwehr, bei der Polizei, in der Schule oder bei Rettungssanitäter/-innen. Die Gewerkschaftsjugend setzt damit ein deutliches Zeichen für eine gewaltfreie Lösung von Konflikten in allen Bereichen. [S](#)

BJK – DAS MEINEN DELEGIERTE

Super Jugend



Ich glaube, wir haben gut zusammengearbeitet und konstruktiv diskutiert. Manchmal dreht man sich im Kreis. Aber: Es waren auch sehr viele Branchen vertreten. Und wir sind manchmal sehr eigensinnig. Zur Organisation: Das Essen war meistens schon weg, wenn ich kam. Aber das liegt vielleicht auch an meiner Größe.

Saskia Beck, IG BAU-Jugend



Das war meine erste Bundesjugendkonferenz. Ich habe es nicht so empfunden, dass es hier Krach gab. Meist ging's harmonisch zu. Ich habe aber auch gesagt: Lasst uns lieber sehen, was uns verbindet, nicht was uns trennt.

Oliver Oster, IG BCE-Jugend



Die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten bei Demonstrationen ist erheblich angestiegen. Das wollten wir thematisieren – dafür haben wir unsere Westen angelegt und Info-Flyer verteilt. Die Westen sind Teil unserer Arbeitssicherheit. Das ist wie der Bauarbeiter mit dem Bauhelm.

Wir werden oft nicht als Gewerkschafter wahrgenommen, sondern als Vertreter der Institution Polizei. Ich bin aber sehr positiv überrascht: Viele sind auf uns zugekommen.

Simon Farr, junge Gruppe in der GdP



Wir haben wichtige Debatten geführt. Was mir etwas gefehlt hat: die Krise – und wie sie sich auf junge Leute auswirkt. Ich glaube, die Lage der Gewerkschaften hat sich durch die Krise verändert: Sie hat gezeigt, dass wir Recht hatten mit unserer Argumentation – dass der Kapitalismus immer krisenhaft ist.

Und die nächste kommt bestimmt. Deshalb müssten wir offensiver werden.

Leonie Hein, IG Metall-Jugend



Für mich war wichtig, dass die Konferenz klar Position in Sachen Rechtsextremismus bezogen hat. Wir haben in Göttingen versucht, vieles zu ändern: Zum Beispiel die Rente mit 67 wieder runter auf 65. 55 wäre auch okay!

Die Stadthalle hatte abends sehr viel Flair und war super. Die Gewerkschaftsjugend ist natürlich auch super.

Josephine Merkl, ver.di Jugend, jüngste Delegierte



Die Diskussionen waren meist konstruktiv und inhaltlich wertvoll. Besonders wichtig fand ich die Aktion zur Unterstützung des Bildungsstreiks sowie die »Göttinger Erklärung«. Ich freue mich auf die nächsten vier Jahre erfolgreiche DGB-Jugend-Arbeit.

Julia Greuter, junge NGG



Die Bildungsanträge waren für uns natürlich sehr interessant. Es hat Spaß gemacht, daran zu arbeiten. Zum NPD-Verbots-Antrag: Einerseits stimme ich zu, dass man ein politisches Signal setzen muss. Andererseits konnte ich der IG BCE-Jugend gut folgen, dass der Kampf breiter angelegt sein muss. Was mich geärgert hat: dass die Stimmung manchmal aggressiv war. Das lag am hohen Männeranteil – Frauen pöbeln nicht in die Diskussion.

Diana Greim, junge GEW



Es war ersichtlich, dass wir die große Anzahl der Anträge nicht bewältigen konnten. Da hätte man im Vorfeld besser drauf achten müssen!

Positiv ist: Es gibt viele Jugendliche, die sich mit politischen Themen auseinandersetzen.

Eberhard Podzuweit, Transnet-Jugend



Das wichtigste: die Antragsdebatte. Die legt die Eckpunkte und Positionen der nächsten vier Jahre fest. Zum Thema Ausbildung haben wir jetzt eine hervorragende Beschlusslage. Der Antrag zum NPD-Verbot hätte einstimmig beschlossen werden müssen.

Die Diskussion ist manchmal hochgekocht. Da wären wir gut beraten, solidarischer zu sein, und mehr über die Sache als über Geschäftsordnungen zu streiten.

Jörg Grünefeld, ver.di Jugend

Burn-out Ecke Bourgeoisie

Die Delegierten der DGB-Bundesjugendkonferenz unterstützen den Bildungsstreik in Göttingen – und sammeln Botschaften für das große Bildungsbuch.

Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!« – »Bachelor und Master, weg mit dem Desaster!«: Auf dem zentralen Platz am Gänselieselbrunnen in Göttingens Fußgängerzone steigt am Abend des 19. November 2009 eine Aktion gegen die Bildungsmisere in Deutschland – wie derzeit in vielen deutschen Städten junge Leute gegen das Ausbluten des Bildungssystems und den erhöhten Leistungsdruck durch die neuen Bildungsabschlüsse Bachelor und Master demonstrieren.

Die Aktivist/-innen vom Stadtbündnis Göttingen für bessere Bildung – ein Zusammenschluss von Schüler/-innen, Gewerkschafter/-innen und Studierenden – haben sich in dekorative Klamotten geschmissen: weiße Ganzkörperanzüge mit Buchstaben auf dem Rücken. Sie reihen sich zu Ketten auf, nun bilden die Körper Slogans: »Lebenslanges Lernen« steht auf den Rücken, oder: »Kleinere Klassen – große Bildung.«

Die Schlangen verteilen sich in den Geschäften der Fußgängerzone.

Die Göttinger Straßen werden im Zug der DGB-Jugend-Aktion umbenannt – mit Klappkarten können die Straßenschilder einfach verdeckt werden. Einen »Bourgeoisieboulevard« gibt es jetzt, und die »Burn-out-Gasse«.

Ein zwei Meter hohes Notizbuch steht auf dem Platz, Motto: »Zukunft selber schreiben«. Dort kann man seine Forderungen eintragen: »Bildung ist keine Meinung« steht jetzt da. Keine Meinung, sondern eine Notwendigkeit, soll das bedeuten. Und das große Buch wird in die Städte der Bildungs-

republik gehen – »Orte, in denen Unis und Schulen im Rahmen der bundesweiten Bildungsstreiks besetzt werden«, sagt Mirjam Blumenthal von der DGB-Jugend, die die Aktion koordiniert hat.

Die Aktion der DGB-Jugend ist lange vorbereitet worden: So wurden im Vorfeld Buchrücken des Bestandes der Universitätsbibliotheken mit Umschlägen wie bei den Straßennamen »umbenannt« – mit Termin und Ort der Aktion am Gänselieselbrunnen.

Total verrückt: In den meisten deutschen Universitätsstandorten werden die Proteste auch von den Studierendenausschüssen (ASten) getragen – in Göttingen, dem Startpunkt des Buches, jedoch nicht!

»Die Mitglieder des AStA der Göttinger Universität sagen von sich, sie seien unpolitisch. Dementsprechend unterstützen sie das Bündnis nicht«, sagt Miriam Raue.

Die Schülerin der 13. Klasse der IGS-Gesamtschule bedauert, dass dem Bündnis damit die entscheidende Unterstützung fehlt: Logistik, Geld, Infrastruktur. Immerhin kommt viel aus den Fachschaften, den Studierendenvertretungen in den einzelnen Fächern. Raue: »Die schmeißen Soli-Partys für uns und sammeln Geld.«

Sie findet, dass immer nur die Studierenden in den Medien wahrgenommen werden, nicht aber die Schüler/-innen und Azubis, die aktiv sind – und zieht den Vergleich zur Lehrlingsbewegung der siebziger Jahre, in der sich die Azubis organisiert hatten, um eklatante Missstände in den Betrieben anzuprangern und zu verändern. Auch damals seien die jungen Leute an den Universitäten



wahrgenommen worden, die anderen aber nicht.

So liege zum Beispiel das Pflichtstunden-Soll in der Woche eines Schülers durchaus schon mal bei 38 Stunden. Bachelor und Master? Schön und gut. An deutschen Schulen kann man durchaus von Kinderarbeit reden. Und in Ausbildungsbetrieben ist es bestimmt auch nicht immer rosig.

»Das mediale Interesse, das konzentriert sich schon auf die Studierenden«, sagt auch Moritz Braukmüller, in Göttingen Jugendsekretär der Gewerkschaft ver.di.

Um die verschiedenen Lerngruppen zusammenzuhalten, dafür ist derzeit die Gewerkschaftsjugend da. »Wir bilden da im Moment in der Tat etwas den Kitt. Und bauen ein enges Bündnis auf.«

Die Menschen-Schlangen mit den Slogans auf den Rücken sind aus den umliegenden Geschäften auf den Marktplatz zurückgekommen. Nun steigt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf auf den Brunnen des Platzes. Er hat sich ein Plakat geschnappt und zu einer Flüstertüte zusammenrollt. Er teilt den Anwesenden mit, dass sich die Delegierten der DGB-Bundesjugendkonferenz solidarisch mit den Schüler/-innen und Studierenden des Göttinger Stadtbündnisses erklären: »Wir werden eure Forderungen unterstützen und in die Politik tragen«, sagt er. [5]



»Wir bilden da im Moment in der Tat etwas den Kitt des Protestes – und bauen ein enges Bündnis auf« – Aktion der DGB-Jugend in Göttingen am 19. November 2009

Kritisch-konstruktiver Dialog

Dokumentiert: Die »Göttinger Erklärung«, verabschiedet auf der DGB-Jugendkonferenz am 19. November 2009.

Die Gewerkschaftsjugend fordert von der neuen Bundesregierung solidarische, sozial gerechte Politik zum Wohle aller Menschen. Insbesondere die Chancen und Möglichkeiten der jungen Generation müssen dringend verbessert werden. Hierzu bedarf es unter anderem der gerechten Verteilung gesellschaftlichen Reichtums und der konsequenten Förderung und Weiterentwicklung des Solidargedankens.

Gute Ausbildung

Das zentrale Anliegen der Gewerkschaftsjugend ist es, dass allen jungen Menschen eine qualitativ hochwertige Ausbildung ermöglicht wird, um einen guten Start in das Berufsleben und eine Zukunft mit Sicherheit und Perspektiven zu gewährleisten. Der Koalitionsvertrag sieht dies jedoch nur für jene Jugendlichen vor, die »ausbildungsfähig und -willig« sind.

Diese zynische Einschränkung lehnen wir ab. Wir sind der festen Überzeugung, dass jeder junge Mensch diese Kriterien erfüllt, manche jedoch etwas mehr Unterstützung benötigen als andere. Wir sehen hier in besonderem Maße die Wirtschaft in der Pflicht, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen. Wer morgen qualifizierte Fachkräfte haben möchte, muss heute alles dafür tun, Qualifikationen zu erkennen und individuell zu fördern. Unternehmerisches Handeln darf sich nicht allein an Gewinnmaximierung orientieren. Eigentum verpflichtet – und sein Ge-

brauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. In diesem Kontext unterstreichen wir unsere Forderung nach Ausbildung für alle!

Die Bundesregierung lädt ausdrücklich die Gewerkschaften ein, am Ausbildungspakt mitzuwirken, den sie als »erfolgreich« bezeichnet. Hierzu stellen wir fest, dass der Ausbildungspakt in erster Linie die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt schönrechnen und die tatsächliche Lage der Jugendlichen verschleiert hat. Für eine Beteiligung an diesem Pakt fordert die Gewerkschaftsjugend zunächst eine klare Vereinbarung über die Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze auf ein auswahlfähiges Angebot, die Verständigung auf eine ehrliche Ausbildungsstatistik und eine Diskussion über die Qualität beruflicher Bildung. Modularisierung von Ausbildung lehnen wir entschieden ab.

»Die Gewerkschaftsjugend zeigt sich befremdet darüber, dass der Kampf gegen die extremen...«

dungshemmnissen im Gastgewerbe« zurück. Wir wenden uns gegen jeden Versuch, den Gesundheitsschutz minderjähriger Auszubildender und Arbeitnehmer/-innen unter den Gesichtspunkten der Wirtschafts- und Tourismusförderung zu verschlechtern.

Gute Arbeit

Sicherheit und Planbarkeit sind die Grundlagen für gute Arbeit. Doch der Einstieg in das Berufsleben erfolgt zunehmend über befristete, schlecht bezahlte und unsichere Jobs, über unbezahlte Praktika und Leiharbeit. Wir fordern Arbeitsverhältnisse mit angemessenem Einkommen, tarifvertragliche Absicherungen, Mit-

bestimmung in Unternehmen; die Übernahme aller Auszubildenden, gleiches Geld für gleiche Arbeit sowie Weiterbildung und Aufstiegschancen. Die Bundesregierung muss die notwendigen Rahmenbedingungen wahren oder schaffen, um diese Ziele umzusetzen.

...Rechten unter dem Stichwort »Bekämpfung des politischen Extremismus« verallgemeinert wird.

Die Gewerkschaftsjugend begrüßt es in diesem Zusammenhang, dass die Unionsparteien die Angriffe der FDP auf die betriebliche Mitbestimmung offensichtlich abwehren konnten. Dies muss auch zukünftig so bleiben. Die aktive Mitarbeit gerade von jungen Menschen in JAVen (»Jugend- und Auszubildendenvertretungen, d. Red.) und Betriebs- bzw. Personalräten spielt bei der Demokratisierung der Gesellschaft und der politischen Bildung eine herausragende Rolle.

Gutes Leben

Grundrechte auf Bildung und Ausbildung sowie die soziale Gestaltung der Erwerbsarbeit stehen für die Gewerkschaftsjugend im Mittelpunkt und sind von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Wir machen uns stark für eine Gesellschaft, die Teilhabe ermöglicht und echte Chancen für die Zukunft der jungen Generation bietet. Hierzu bedarf es ausreichender finanzieller Ausstattung aller Mitglieder unserer Gesellschaft und uneingeschränkter sowie kostenfreien Zugangs zu Bildung auf allen Ebenen.

Gleichzeitig gilt es, extrem rechten Einstellungen in der Gesellschaft entschlossen und selbstbewusst entgegenzutreten. Die Gewerkschaftsjugend zeigt sich jedoch befremdet darüber, dass der Kampf gegen die menschenverachtenden Machenschaften der extremen Rechten im Koalitionsvertrag unter dem Stichwort »Bekämpfung des politischen Extremismus« verallgemeinert bzw. verschleiert wird.

Für unsere Arbeit als Gewerkschaftsjugend benötigen wir als Jugendverband und anerkannter Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe eine ausreichende und gesicherte finanzielle Ausstattung für kontinuierliche Jugendarbeit. Wir bedauern es in diesem Zusammenhang nachdrücklich, dass die Jugendverbände mit keinem Wort explizit im Koalitionsvertrag Erwähnung finden.

Die Gewerkschaftsjugend steht einem kritisch-konstruktiven Dialog mit der neuen Bundesregierung offen gegenüber und fordert die politischen Entscheidungsträger/-innen dazu auf, dieses Angebot ernstzunehmen und den Austausch mit uns zu pflegen. Die rund 500.000 jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder haben ein berechtigtes Interesse daran, von der Bundesregierung gehört und beachtet zu werden. [S](#)

**GUTE AUSBILDUNG.
GUTE ARBEIT. GUTES LEBEN.**
Wir sind dran!



'Göttinger Erklärung' der Gewerkschaftsjugend
zum Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP (17. Legislaturperiode)
Beschlissen auf der 18. Ordentlichen DGB-Bundesjugendkonferenz 2009

Die Gewerkschaftsjugend fordert von der neuen Bundesregierung solidarische, sozial gerechte Politik zum Wohle aller Menschen. Insbesondere die Chancen und Möglichkeiten der jungen Generation müssen dringend verbessert werden. Hierzu bedarf es unter anderem der gerechten Verteilung gesellschaftlichen Reichtums und der konsequenten Förderung und Weiterentwicklung des Solidargedankens.

Gute Ausbildung

Bedarf nicht kleinrechnen

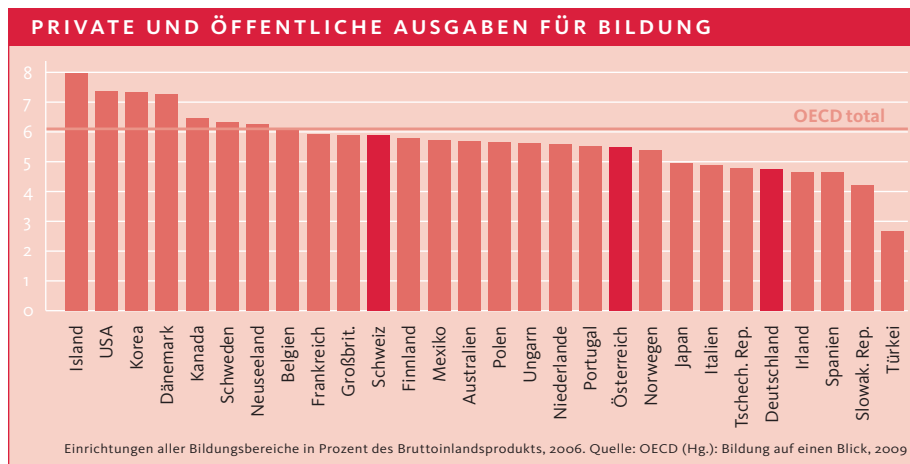
Das Jubiläum des Bildungsgipfels ist kein Grund zum Jubeln: Zum Jahrestag mahnt der DGB Investitionen an.

Zum Jahrestag des Bildungsgipfels am 22. Oktober 2009 hat der DGB die neue Bundesregierung aufgefordert, ein »Milliarden-Paket« für das Bildungswesen zu schnüren.

Hintergrund: Ein Jahr zuvor hatten sich Bund und Länder verpflichtet, bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren. Das macht einen Mehrbedarf von 32,3 Milliarden Euro jährlich aus.

»Noch immer warten wir auf einen konkreten Plan, wohin dieses Geld fließen und wie die Verteilung zwischen Bund und Ländern aussehen soll«, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock, im DGB-Bundesvorstand für Jugend zuständig.

Sie warnt zugleich die Finanzminister von Bund und Ländern davor, Zahlenakrobatik am grünen Tisch zu betreiben: Weder dürfe der Bedarf an zusätzlichen Bildungsinvestitionen klein gerechnet noch sollten bildungsferne Aspekte wie Kindergeld mit einkalkuliert werden. Sehrbrock: »Unterrichtsausfall, fehlende Kita-Plätze, Ein-Euro-Jobber als Hilfslehrer in den Klassen – die Menschen kennen die Misere im Bildungswesen sehr genau. Jede Regierungspartei



wird Wähler verlieren, wenn sich die Lage nicht spürbar bessert.« Auch die neue Bundesregierung müsse da Farbe bekennen.

Denn es reicht nicht, wenn die neue Regierung pauschal verkündet, am Zehn-Prozent-Ziel festhalten zu wollen. Schon mit rund 13 Milliarden Euro pro Jahr – dies hat die Hans-Böckler-Stiftung errechnet – lassen sich allein 40.000 Sozialarbeiter/-innen an Ganztagschulen, 28.000 wissenschaftliche Stellen an Hochschulen, der Ausbau des BAföG, bessere Angebote und Beratung in der Weiterbildung sowie die Abschaffung der Kindergarten-Gebühren finanzieren. »Mit diesem ehrgeizigen Programm erreichen wir eine deutliche Verbesserung der Qualität unseres Bildungswesens«, sagt Sehrbrock.

13 Milliarden für eine bessere Bildung seien im Verhältnis zu den versprochenen Steuerentlastungen von 20 bis 35 Milliarden Euro aber geradezu bescheiden. Letztlich müsse sich die künftige Koalition entscheiden: »Will sie kostspielige Entlastungen bei der Erbschafts- und Unternehmenssteuer? Oder will sie mehr Geld in ein gutes Bildungswesen investieren?«

Kritik übt die stellvertretende DGB-Vorsitzende auch an den Plänen für ein nationales Stipendienprogramm. »Herzstück einer starken Studienfinanzierung muss das BAföG sein. Es bietet den Studierenden einen klaren Rechtsanspruch, während sie beim Stipendium auf das Wohlwollen der Geldgeber angewiesen sind.« [S](#)

ANGEZÄHLT

Die Datenlage

16,8 Prozent – um diesen Anteil stieg die Jugendarbeitslosigkeit von August 2008 bis August 2009. Die Rate ist doppelt so hoch wie bei der übrigen Arbeitslosigkeit. Junge Beschäftigte werden entweder nicht übernommen oder nur kurzfristig beschäftigt (oft in Leiharbeit), so dass sie in der Krise schnell arbeitslos werden.

700.000 Jugendliche unter 25 Jahren sind auf Leistungen der Grundsicherung für Erwerbslose angewiesen, ohne arbeitslos zu sein.

1,1 Millionen bedeutet dies insgesamt in absoluten Zahlen.

○ So lautet der Betrag des Weihnachtsgeldes, das dieses Jahr im Gebäudereinigerhandwerk und im Bauhauptgewerbe Ost ausbezahlt wird.

Soli aktuell meint: Frohe Weihnachten. [S](#)

WENIG EINKOMMEN

IAB: Akademische Selbstständige untersucht

Der Berufseinstieg erfolgt über Umsonst-Praktika – und auch sonst sieht es nicht rosig aus: Geisteswissenschaftler/-innen haben im Durchschnitt ein geringeres Einkommen als andere Akademiker/-innen.

Während die Hälfte der vollzeiterwerbstätigen Geisteswissenschaftler/-innen weniger als 2.300 Euro pro Monat netto verdient, liegt der entsprechende Wert bei Akademiker/-innen anderer Fachrichtungen bei 2.600 Euro. Das zeigt die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) präsentierte Studie »Arbeitsmarktchancen für Geisteswissenschaftler«.

Frank Wießner vom IAB, Willi Oberlander vom Institut für Freie Berufe (IFB) und die Gründungsberaterin Maria Kräuter haben untersucht, in welchen Branchen Geistes-, Kultur-

und Sozialwissenschaftler/-innen arbeiten und welche Potenziale diese Studienrichtungen bieten. Der Band enthält Daten und Fakten zur Erwerbssituation von Kulturarbeiter/-innen, ergänzt durch Experteninterviews und Informationen zum Thema Selbstständigkeit.

Bei den Geisteswissenschaftler/-innen fällt allerdings eine Besonderheit ins Auge: Während bei anderen Akademiker/-innen Selbstständige mehr verdienen als Angestellte, ist es bei Geisteswissenschaftler/-innen gerade umgekehrt. IAB-Autor Wießner: »Das könnte ein Hinweis sein, dass sich viele nur aus der Not heraus selbstständig machen. Es kann aber auch einfach daran liegen, dass besonders viele selbstständige Geisteswissenschaftler in den vergleichsweise schlecht bezahlten Bereichen Kunst, Kultur, Verlagswesen und Bildung tätig sind.« [S](#)

Frank Wießner u.a.: Arbeitsmarktchancen für Geisteswissenschaftler. Analysen, Perspektiven, Existenzgründung, W. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2009, 265 S., 29,90 Euro

Überzeugender Auftritt

Mehr Demokratie – dieses Ziel hat die DGB-Jugend in Hamburg erreicht. Dort reden die JAVen nun bei Fragen der beruflichen Bildung mit.

Einstimmig hat die Hamburgische Bürgerschaft im Oktober 2009 die Aufnahme weiterer Mitwirkungsrechte der Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen) in das Hamburgische Schulgesetz beschlossen.

So besitzen die JAVen nach dem neuen Schulgesetz ein »Anwesenheits-, Antrags- und Initiativrecht«. Das heißt, sie können Missstände und Probleme direkt gegenüber der Schule ansprechen und offiziell eigene Vorschläge in schulische Gremien einbringen. Die Bürgerschaft räumt den JAVen damit ein Mandat ergänzend zur Schülervertretung ein. Die Schulleitungen werden aufgefordert, die Beteiligung in den Schulen »individuell und unbürokratisch« umzusetzen.

Die entsprechenden Beteiligungsrechte stehen ausschließlich den Jugendvertretun-

gen, nicht aber den Betriebs- oder Personalräten zu. Sie erhalten gegenüber den Berufsschulen, und damit folgerichtig auch gegenüber der Schulaufsicht und weiteren Teilen der zuständigen Behörde, ein eigenes Außenvertretungsrecht.

Da die Ausbildungsbetriebe – Geschäftsführung und Ausbildungsleitung – direkt an der Lernortkooperation beteiligt sind, kann dieses Recht ausdrücklich auch im Konflikt zur Ausbildungsleitung gegenüber der Schule wahrgenommen werden.

Die Unterstützung des Betriebs- oder Personalrats bleibt hierbei natürlich hilfreich, ist aber nicht zwingend notwendig.

Mit der Novellierung des Schulgesetzes im Jahr 2006 wurden in Hamburg

so genannte Lernortkooperationen als feste Gremien an den beruflichen Schulen eingerichtet und mit weitgehenden Mitbestimmungsrechten an den Schulen versehen. Dazu gehören die Abstimmung von Ausbildungsinhalten zwischen Schulen und Betrieben, die Organisationsformen des Unterrichts (z.B. Teilzeit- oder Blockunter-

richt), die Ausgestaltung von Bildungsplänen sowie das Thema Zusatzqualifikationen und Förderangebote (z.B. Ausbildungsmaßnahmen im Ausland).

»Mit der jetzigen Regelung ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte von Jugendvertretungen gelungen«, sagt der Hamburger DGB-Jugendbildungsreferent Olaf Schwede. Und das bedeutet mehr Demokratie.

Die Mitwirkungsrechte, die das Hamburgische Schulgesetz jetzt ermögliche, hätten bundesweiten Vorbildcharakter. Schwede: »Diesem Beschluss ging eine intensive Lobbyarbeit der DGB-Jugend voraus. Ausschlaggebend war neben der Vorarbeit der überzeugende Auftritt in der öffentlichen Anhörung zum Schulgesetz.«

Ein voller Erfolg also. Die DGB-Jugend will nun in Kooperation mit den Mitgliedsgewerkschaften Informationsabende veranstalten und eine Arbeitshilfe für JAVis herausbringen. [S](#)

Hamburger Bürgerschaft, Drucksache 19/4255

Infos: Olaf Schwede, Tel.: 040 / 285 82 56, E-Mail: olaf.schwede@dgb.de

Die JAVis können Probleme direkt gegenüber der Schule ansprechen...

...und offiziell eigene Vorschläge in schulische Gremien einbringen.

Erkenntnisse gegen Rechts

Im Team gegen Rassismus – ein neues Ausbildungsangebot der DGB-Jugend Köln richtet sich an JAV-Mitglieder.

Im Rahmen ihrer politischen Bildungsarbeit bietet die DGB-Jugend Köln eine kostenlose Ausbildung für alle Interessierten zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus an.

Die Ausbildung, die durch das Bundesprogramm »Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – Vielfalt tut gut!« gefördert wird, bietet zunächst einen inhaltlichen Einstieg in das Thema.

Ziel der DGB-Jugend ist es, einen Pool an Teamer/-innen aufzubauen, die als Honorarkräfte im Auftrag von Gewerkschaften und anderen Institutionen Seminare und Bildungsveranstaltungen durchführen können.

»Wir wollen mit der Ausbildung eine breite, vernetzte Struktur auf lokaler Ebene schaffen, in der ein ständiger Austausch

über erfolgreiche Ansätze der Arbeit gegen Rechts sowie über Probleme in der praktischen Arbeit vor Ort gewährleistet werden kann«, sagt Stephan Otten, Jugendbildungsreferent bei der DGB-Jugend Köln.

In erster Linie wendet sich das Angebot an Gewerkschaftsmitglieder, Personalräte, Betriebsrats- und JAV-Mitglieder. Die Ausbildungsthemen und Methoden werden jeweils in Form einer Wochenendschulung vermittelt. Das erste und letzte Seminar sind fester Bestandteil der Ausbildung, hier ist die Anwesenheit zwingend erforderlich. Alle anderen Module sind optional, sodass die Teamer/-innen hier individuelle Schwerpunkte festlegen können. [S](#)

Kontakt: DGB-Jugend Köln, Stephan Otten, E-Mail: stephan.otten@dgb.de

NPD-VERBOT

V-Leute abschalten

Expert/-innen sagen: V-Leute in der rechtsextremen NPD – das sind keine vom Staat ausgebildeten Under-Cover-Agent/-innen, wie man vielleicht annehmen könnte. Sondern Neonazis, die sich vom Staat für die Lieferung von Informationen bezahlen lassen.

Sie waren der Hauptgrund dafür, dass das NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht im Jahr 2003 platzte. Zu einer wirksamen Bekämpfung der NPD können sie nicht verwendet werden.

Die Kampagne »NPD-Verbot Jetzt«, die von den Gewerkschaften unterstützt wird, richtet sich deshalb erneut an die Innenminister von Bund und Länder, in deren Hand es liegt, die V-Leute »abzustellen«.

Wie bei der vorherigen Kampagne werden auch die Abgeordneten von Bundestag und Länderparlamenten angesprochen, damit sie ihrer Verantwortung gerecht werden.

Auf der Homepage der Kampagne kann man die Forderungen mit Statements und Fotobeiträgen unterstützen. Daneben gibt's Infos zu aktuellen Aktivitäten. [S](#)

www.npd-verbot-jetzt.de

Tel Aviv lässt grüßen

Die DGB-Jugend NRW und Sachsen auf Besuch in Israel.

Lang ist's her: Erstmals nach 18 Jahren Pause besuchte eine Delegation der DGB-Jugend NRW und Sachsen den israelischen Gewerkschaftsdachverband Histadrut in Tel Aviv.

Nach einem zweitägigen Vorbereitungsseminar zu Geschichte, Politik, Wirtschaft, Bildung und Gewerkschaften in Israel startete die 14-köpfige Delegation aus jungen Auszubildenden und Arbeitnehmer/-innen Mitte Oktober 2009 von Köln nach Tel Aviv. Ori Strassberg, Mitarbeiter der Histadrut, begleitete die deutsche Delegation die gesamten sehr ereignisreichen zehn Tage.

Ziel der Fahrt war der Austausch zwischen jungen Menschen aus Deutschland und Israel im Hinblick auf gewerkschaftliche und gesellschaftliche Themen – aber auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte.

Betriebsbesichtigungen und Gespräche mit dem Betriebsrat in der ehemaligen Histadrut-Krankenkasse Kupat Holim Charlit standen ebenso auf dem Programm wie ein Besuch bei dem Militär-Radiosender Galei Tzahal. Die sächsische Jugendbildungsreferentin Anja Klingner: »Wir erfuhr einiges über das israelische Ge-



Gewerkschaftsjugend unter Palmen: Die Israel-Delegation der DGB-Jugend NRW und Sachsen

sundheitssystem und den Stellenwert des Militärs in Israel.«

Beim Besuch der Entwicklungsbehörde Mishlama le Yafo sprachen die Delegationsmitglieder mit dem Leiter Gilad Peled über die jüdisch-arabische Koexistenz in Tel Aviv und die Arbeit der Behörde.

Das Thema wurde noch am gleichen Abend mit jungen arabischen Gewerkschaftsaktivist/-innen und Absolvent/-innen des Histadrut-Leadership-Kurses dis-

kutiert. Zahlreiche Gespräche mit weiteren Personen des öffentlichen Lebens über die aktuelle Situation fanden statt. Klingner: »Ein intensiver Einblick in die Vergangenheit und Gegenwart Israels.«

Im kommenden Jahr wird eine israelische Delegation NRW und Sachsen besuchen – ein Beitrag zum weiteren kontinuierlichen Austausch der deutschen und israelischen Gewerkschaftsjugendlichen.

KURZ UND KLEIN

Aktivposten

□ Die Berufschultour, die jedes Jahr von der **DGB-Jugend** durchgeführt wird, war auch diesmal ein voller Erfolg: So war allein die **DGB-Jugend West** vom 31. August bis zum 7. Oktober 2009 in 19 berufsbildenden Schulen in ganz Rheinland-Pfalz aktiv. Insgesamt wurden hier 10.000 Jugendliche erreicht. An der dabei durchgeführten Umfrage »Dr. Azubi« zur Ausbildungsqualität nahmen rund 1.500 Auszubildende teil. Die Daten fließen in den bundesweiten »Ausbildungsreport« der DGB-Jugend ein.

Im Frühjahr 2010 wird die **DGB-Jugend** wieder alle rheinland-pfälzischen Berufsschulen zur Teilnahme an der Tour einladen. Der »Projekttag Demokratie und Mitbestimmung« kann von berufsbildenden Schulen auch das ganze Jahr über als Einzelveranstaltung gebucht werden.

Alle Infos und Aktivitäten: www.berufsschultour.de

□ Die regionalen Ausgaben des **DGB-Jugend-Ausbildungsreports** 2009 sind erschienen. www.dgb-jugend-nrw.de und weitere Bezirksseiten

□ Die **DGB-Jugend BaWü** absolviert vom 4. bis 6. Dezember 2009 im KKJ in Stuttgart ihre »Ready Steady Go«-Schulung für Spieleleiter/-innen. Das Spiel unterstützt den Übergang von der Schule in den Beruf.

www.dgb-jugend-bw.de

□ Die **IG BCE-Jugend** hat im November 2009 mit der Vorbereitung des Einsatzes der zweiten Generation ihrer JAV- und Jugendreferent/-innen begonnen, die ab 1. Januar 2010 die Jugendarbeit in den Bezirken unterstützen.

www.igbce-jugend.de

□ Für die Medienarbeit der **IG Metall-Jugend** ist ab sofort Bernhard Dobbert zuständig. Einen bundesweiten metallischen Nikolaus kündigt er gleich mal an – die »Nikolausaktionen« am 6. Dezember 2009 zu verschiedenen Themen der IG Metall-Jugend, schwerpunktmäßig zur »Operation Übernahme«.

IG Metall-Vorstand, Bernhard Dobbert, Jugendarbeit und -politik, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt/M., Tel.: 069 / 66 93 23 66, Fax: 069 / 66 93 20 20, E-Mail: bernhard.dobbert@igmetall.de, www.operation-uebernahme.de

□ Die **GdP** unterstützt die Idee, den Alkohol-

konsum in der Eisenbahn einzuschränken. »Wo Alkohol im Spiel ist, kommt es vor allem bei Jugendlichen immer häufiger zu Sachbeschädigungen und Körperverletzung. Teilweise sind die Belastungen kaum noch zu ertragen«, so der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg.

Anlass der Diskussion war das vom 15. November 2009 an geltende Alkohol-Verbot in Zügen der privaten Metronom-Eisenbahngesellschaft. www.gdp-online.de

□ Die **ver.di Jugend** weist auf die Aktivitäten von Azubis im öffentlichen Dienst in NRW hin. Mit ihrer Aktion »Gekommen um zu bleiben« kämpfen dort seit Oktober 2009 Auszubildende der Kommunen für Ausbildung und Übernahme. Hintergrund ist das von der Bezirksregierung verhängte Sparprogramm für Duisburg, das für das Jahr 2010 die Streichung aller Ausbildungsplätze bei der Stadt vorsieht.

Als wichtigen Termin teilen die Dienstleistungsjugendlichen für das Jahresende mit: »31. Dezember: Die ver.di Jugend beendet 2009 und startet 2010«.

Dem kann man sich nur anschließen. www.verdi-jugend.de

Wir sind pleite, Mann!

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat immer noch eine große Zahl von Unternehmen im Griff – 200 Auszubildende mussten allein beim kaputten Quelle-Konzern zum Arbeitsamt gehen. Worauf die JAV in solchen Fällen achten muss.

Der Betrieb ist pleite – was jetzt?

Ist eine Firma zahlungsunfähig, kann sie voraussichtlich Schulden und Forderungen nicht begleichen oder bestehen Anhaltspunkte, dass das Vermögen der Firma nicht mehr die vorhandenen Schulden deckt, dann liegen die Voraussetzungen einer Insolvenz vor.

Beim zuständigen Amtsgericht kann jeder, dessen Forderung die Firma nicht bezahlt hat (Gläubiger), einen Insolvenzantrag stellen. Gläubiger können Lieferant/-innen sein, die Banken – und natürlich auch Arbeitnehmer/-innen.

Meist sind es die Sozialversicherungsträger, die bei Nichtzahlung der Beiträge relativ schnell einen entsprechenden Antrag stellen. Die Firma bzw. deren Vertreter/-innen können dies auch selbst beantragen – vor allem, um sich z.B. nicht wegen Insolvenzverschleppung strafbar zu machen.

Wie läuft nun ein Insolvenzverfahren ab? Das Amtsgericht bestellt einen so genannten vorläufigen Insolvenzverwalter. Dieser hat die Aufgabe zu prüfen, ob der Betrieb fortgeführt werden kann. Ergibt das Gutachten, dass noch »ausreichend Masse« vorhanden ist, so wird das Amtsgericht das Insolvenzverfahren eröffnen.

Vorsicht: »Ausreichend Masse« heißt, dass die Kosten des Verfahrens (Verwalter-, Gerichts- und Kosten eines Gläubigerausschusses) gedeckt sind – nicht jedoch andere Ansprüche wie z.B. die von Arbeitnehmer/-innen.

Mit Verfahrenseröffnung bestellt das Amtsgericht auch einen Insolvenzverwalter. Ab hier gilt auch das so genannte Insolvenzarbeitsrecht. Nun nimmt der Insolvenzverwalter die Stellung des Arbeitgebers ein. Er übernimmt dessen Rechte und Pflichten und hat sie auch wahrzunehmen.

Besonders wichtig: Alle Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse bestehen in der Insolvenz ohne jegliche Änderungen fort. Für den Betriebsrat ist von nun an der Insolvenzverwalter Ansprechpartner.

Für den Betriebsrat ist entscheidend: Durch das Insolvenzverfahren wird weder die Größe noch die Zusammensetzung des Gremiums verändert. Das gilt auch für die bestehenden Ausschüsse sowie die Hilfsorgane wie den Wirtschaftsausschuss und die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV).

Auch der Status bleibt unverändert. Sämtliche Schutzrechte wie z.B. der Sonderkündigungsschutz stehen allen Gremiumsmitgliedern weiterhin zu.

Natürlich bleiben auch in vollem Umfang sämtliche dem Betriebsrat zustehenden Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte in kraft, insbesondere alle Informationsrechte.

Hinweis: Wird ein so genannter Gläubigerausschuss eingerichtet, so sollte darauf geachtet werden, dass auch ein Arbeitnehmervertreter diesem Ausschuss angehört.

Im Übrigen sollte der Betriebsrat immer daran denken, dass Ziel des Insolvenzverfahrens nach Vorgabe des Gesetzgebers u.a. die Erleichterung der Sanierung von Unternehmen ist, nicht der Erhalt von Arbeitsplätzen bzw. Arbeitsstandards. Deshalb stehen dem Insolvenzverwalter auch einige Sonderrechte zu.

Betriebsvereinbarungen

Auch in der Insolvenz gelten sämtliche Betriebsvereinbarungen fort, unabhängig, ob es sich um freiwillige oder erzwingbare handelt. Die Betriebsvereinbarungen können vom Insolvenzverwalter regulär mit der im

Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) geregelten Drei-Monats-Frist oder mit der in der Vereinbarung vereinbarten Frist gekündigt werden.

Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass der Inhalt erzwingbarer Betriebsvereinbarungen so lange nachwirkt, bis eine neue Vereinbarung abgeschlossen wurde – im Zweifel mittels einer so genannten Einigungsstelle.

Der Insolvenzverwalter ist allerdings berechtigt, eine Betriebsvereinbarung unabhängig von der Laufzeit mit einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Es muss sich um eine belastende Vereinbarung handeln – und der Insolvenzverwalter muss vorher mit dem Betriebsrat über die Vereinbarung und deren Kündigung verhandeln.

Existiert im Betrieb zum Beispiel eine Absprache hinsichtlich der Übernahme von Auszubildenden, ist im Fall der Insolvenz damit zu rechnen, dass der Insolvenzverwalter diese Regelung möglichst schnell kündigt.

Nach der herrschenden Meinung findet diese Kündigungsmöglichkeit auch bei Regelungsabreden und -absprachen Anwendung.

Sozialplan

Wurde ein Sozialplan verabschiedet, in dem für die Beschäftigten z.B. Abfindungen oder die Bezahlung von Qualifizierungen vereinbart wurden, ist entscheidend, wann dieser Sozialplan beschlossen wurde. Sowohl dem Insolvenzverwalter als auch dem Betriebsrat steht ein Widerspruchsrecht für bis drei Monate vor der Eröffnung des Insolvenz-



Der JAV-Ratgeber.
Mit Rechtsanwalt Wolf-Dieter Rudolph, Berlin

»Ausreichend Masse« heißt, dass die Kosten des Verfahrens gedeckt sind...

...nicht jedoch die Ansprüche von Arbeitnehmer/-innen.



Azubis nach der Pleite – wo gibt's Perspektiven?

EINTRAGUNG IN DIE LEHRLINGSROLLE

Angemessene Vergütung

Das Sächsische Obergericht hat ein Urteil des Verwaltungsgerichts Leipzig aus dem Jahre 2005 bestätigt und damit Grundsätze zur angemessenen Ausbildungsvergütung als Voraussetzung für die Eintragung in die Lehrlingsrolle festgeschrieben.

Was bedeutet »Angemessenheit« im Bezug auf die Ausbildungsvergütung? Das war das Thema einer langen rechtlichen Auseinandersetzung, die ihren Höhepunkt vorläufig im Sachsener Urteil findet. Darin wurde nun bestätigt: Der zulässige Maßstab für die Bestimmung der Angemessenheit der Ausbildungsvergütung ist auch bei sehr niedrigem arbeitgeberseitigem Organisationsgrad der für die Branche einschlägige Tarifvertrag. Damit ist eine wichtige Entscheidung gefallen: Der Ge-

setzgeber hat im Rahmen des Berufsbildungsreformgesetzes vom 23. März 2005 die uneingeschränkte Anwendbarkeit der zuvor von der höchstrichterlichen Rechtsprechung entwickelten Grundsätze zur Konkretisierung des unbestimmten Rechtsbegriffs der »Angemessenheit der Ausbildungsvergütung« unterstrichen.

Zwar sei die Unterschreitung der Mindestausbildungsvergütung um 20% des einschlägigen Tarifvertrages im Falle öffentlich oder durch Spenden finanzierter Ausbildungsverhältnisse möglich.

In allen anderen Fällen bestehe aber bei einer Unterschreitung der vom Bundesarbeitsgericht festgesetzten unteren Grenze kein Rechtsanspruch auf Eintragung des Ausbildungsverhältnisses in die Lehrlingsrolle nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 Handwerkerordnung. [5]

Verwaltungsgericht Leipzig, Az.: 5 K 255/05.

Sächsisches Obergericht, Az.: 3 B 373/06

verfahrens vereinbarte Sozialpläne zu. Hier entfallen sämtliche sich aus dem Sozialplan ergebenden Ansprüche der Arbeitnehmer/-innen; es muss ein neuer Sozialplan abgeschlossen werden.

Vorsicht, Falle: Nach der Eröffnung verabschiedete Sozialpläne dürfen nur Abfindungen in Höhe von bis zu zweieinhalb Monatsverdiensten vorsehen. Und: Die Gesamtsumme der zu zahlenden Abfindungen darf nicht mehr als ein Drittel der zur Verfügung stehenden Insolvenzmasse betragen.

Das Problem ist, dass die Forderungen der Arbeitnehmer/-innen aus derartigen Sozialplänen lediglich so genannte Masseverbindlichkeiten sind und letztlich bei Masseunzulänglichkeit – das bedeutet, es ist nichts bzw. nur sehr wenig vorhanden – sogar leer ausgehen können.

Kündigungen

Auch in der Insolvenz gelten die allgemeinen und besonderen Kündigungsvorschriften weiter. Der Umstand der Insolvenz allein ist kein Kündigungsgrund: Soll ein Arbeitsverhältnis gekündigt werden, so bedarf es – sofern das Kündigungsschutzgesetz Anwendung findet – immer eines Grundes.

Bei der »betriebsbedingten Kündigung« muss der Insolvenzverwalter auch die Voraussetzungen berücksichtigen – den Wegfall des Beschäftigungsbedürfnisses, eine Durchführung der Sozialauswahl sowie die Feststellung fehlender Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten.

Natürlich ist auch der Betriebsrat bei jeder Kündigung ordnungsgemäß anzuhören. Im Fall von Massenentlassungen muss

der Insolvenzverwalter eine entsprechende Anzeige bei der Agentur für Arbeit machen.

Namensliste

Schlecht sieht es für Betroffene dann aus, wenn der Personalabbau aufgrund seiner Dimension auch eine Betriebsänderung im Sinne des § 111 BetrVG darstellt oder andere Voraussetzungen der Betriebsänderung vorliegen.

Aufgrund der Vorgaben des Gesetzgebers kann der Insolvenzverwalter im Fall, dass innerhalb von drei Wochen nach Verhandlungsbeginn kein Interessenausgleich mehr zustande kommt, die gerichtliche Zustimmung zur Durchführung der Betriebsänderung einholen. Auf je-

den Fall wird der Insolvenzverwalter versuchen, einen besonderen Interessenausgleich nach § 125 Insolvenzordnung (InsO) abzuschließen, da er darin die Arbeitnehmer/-innen, deren Arbeitsverhältnis gekündigt werden soll, in einer Namensliste bezeichnen kann. Arbeitnehmer/-innen, die in der Namensliste aufgeführt sind, müssen dann aufgrund der durch den Gesetzgeber vorgegebenen Umkehr der Darlegungs- und Beweislast belegen, dass keine dringenden betrieblichen Erfordernisse, die den Insolvenzverwalter zur Kündigung berechtigen, vorhanden sind – eine in der Praxis häufig nicht zu nehmende Hürde.

Im Übrigen kann der Insolvenzverwalter auch innerhalb von drei Wochen nach Verhandlungsbeginn über einen Interessenausgleich beim Arbeitsgericht feststellen lassen,

dass er zur Kündigung bestimmter Arbeitnehmer/-innen berechtigt ist, sofern kein Interessenausgleich zustande gekommen ist.

Achtung: Wenn während des Insolvenzverfahrens eine Kündigung ausgesprochen wird, so gilt hier grundsätzlich eine andere Kündigungsfrist. Diese beträgt drei Monate zum Monatsende, wenn nicht eh schon eine kürzere Frist maßgeblich ist (§133 InsO).

Dies gilt auch bei befristeten Arbeitsverträgen und in dem Fall, dass eine ordentliche Kündigung durch Arbeits- oder Tarifvertrag ausgeschlossen ist.

Leider nutzen auch Beschäftigungsvereinbarungen, nach denen z.B. betriebsbedingte Kündigungen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgeschlossen sein sollen, nichts.

Unangenehm: Nach der herrschenden Meinung finden diese Grundsätze leider auch auf Azubis Anwendung.

Hinweis: Vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens sind Lohn- und Gehaltsansprüche immerhin durch das vom Gesetzgeber eingeführte Insolvenzgeld (§ 183 ff. Sozialgesetzbuch III) abgesichert. Eine Absicherung besteht allerdings nur für Ansprüche, die aus den letzten drei Monaten vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens stammen.

Ein entsprechender Antrag auf Zahlung von Insolvenzgeld muss spätestens zwei Monate nach Eröffnung des Verfahrens gestellt werden. Darauf sollten auch die Betriebsräte und die JAVis die Beschäftigten ausdrücklich hinweisen.

Darüber hinaus sind alle nicht vom Insolvenzgeld erfassten Forderungen dem Grunde und der Höhe nach innerhalb einer vorgegebenen Anmeldefrist beim Insolvenzverwalter schriftlich anzumelden.

Letztlich soll das Insolvenzverfahren nicht dazu führen, dass die Firma plattgemacht wird, sondern nach Möglichkeit weiter existiert. Eine Option dazu ist auch die Veräußerung bzw. die Übernahme des Betriebs.

Auf jeden Fall sind sowohl Betriebsrat als auch JAV sowie die Vertreter/-innen der zuständigen Gewerkschaft erheblich in der Informationspflicht. Das geht von der Verbreitung von Musterschreiben für die Geltendmachung von Forderungen bis zur Klärung, wie und wo die Berufsausbildungsverhältnisse im Fall der Betriebsstilllegung weitergeführt werden können. [5]

Auf jeden Fall sind sowohl Betriebsrat als auch JAV sowie die Vertreter/-innen der zuständigen Gewerkschaft erheblich in der Informationspflicht. Das geht von der Verbreitung von Musterschreiben für die Geltendmachung von Forderungen bis zur Klärung, wie und wo die Berufsausbildungsverhältnisse im Fall der Betriebsstilllegung weitergeführt werden können. [5]

Siehe auch »Azubis in der Krise«, Soli 3-2009.

Die DGB-Jugend hat einen Flyer für Azubis entwickelt, die sich mit Insolvenz und Kurzarbeit herumschlagen müssen. Zum Download: www2.dgb-jugend.de/dgb_jugend/broschueren



WEBTIPP DES MONATS

Zugang zum Arbeitsmarkt – das ist für viele Migrant/-innen in Deutschland oftmals eine schwer zu überwindende Hürde.

Nun wirbt eine neue Kampagne für die Anerkennung der vielfältigen Qualifikationen. Neben der politischen Forderung, Verfahren zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen in Deutschland verbindlich auszugestalten, lenkt die Initiative »Berufliche Anerkennung« den Blick auf die Ressourcen: Menschen mit Migrationshintergrund werden aufgrund fehlender Anerkennung oftmals in fachfremden und schlecht bezahlten Berufen weit unter ihren erworbenen Qualifikationen beschäftigt.

Die Kampagne kehrt den Spieß um. Sie fordert auf Postkarten »Chirurgen, werdet Fleischer« oder »Lehrer, werdet Reinigungskräfte« – und zeigt so die Realität, mit der sich viele Migrant/-innen in Deutschland konfrontiert sehen.

www.berufliche-erkennung.de

+ Lehrfilm: »Ferien im Führerbunker« dokumentiert, wie die mittlerweile verbotene Heimattreue Jugend aus Kindern und Jugendlichen geschulte Neonazi-Kader formen wollte.

Zur Ausleihe: DGB-Bildungswerk, Bereich Migration @ Qualifizierung, Tel.: 0211 / 430 11 88, E-Mail: begona.monz@dgb-bildungswerk.de

+ Achtung, Flexibilisierung: Ein neuer Sammelband enthält Beiträge zur europaweiten Modularisierung in der beruflichen Bildung, die den Stand der Diskussion widerspiegeln. Aktuell wird in den Ländern Österreich, Schweiz und Deutschland über Individualisierungs- und Flexibilisierungselemente diskutiert.

Matthias Pilz (Hg.): Modularisierungsansätze in der Berufsbildung, W.-Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2009, 190 S., 34,90 Euro

+ Das gute Buch: Am Ende einer Gewalttat steht fast immer die Frage »Warum?«. Der amerikanische Psychiater und Psychotherapeut Peter Langmann hat über 20 Jahre Amokläufe an Schulen untersucht und erklärt nun, wie sie sich verhindern lassen.

Peter Langmann: Amok im Kopf. Warum Schüler töten, Beltz-Verlag, Weinheim und Basel 2009, 334 S., 19,95 Euro



+ Rechts um? Der Jugendclub Courage Köln stellt über Rechtsextremismus in Deutschland aus – im Internet. Die Website enthält Informationen zu rechtsextremen Organisationen, Frauen in der rechten Szene und rechter Ideologie und Subkultur.

www.rechtsum.de

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail:
jkiontke@web.de

Internet:
www.dgb-jugend.de

Druck:
PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:
Jürgen Kiontke

Grafik:
Heiko von Schrenk

Aboverwaltung:
Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

HATTINGEN – SEMINARE

Social-Justice-Netzwerktreffen: Seit dem Jahr 2007 bietet das DGB-Bildungswerk Ausbildungen zum Social-Justice-Trainer an. Darüber hat sich nun ein Ehemaligen-Netzwerk gegründet. Im Januar 2010 gibt es nun ein Weiterentwicklungs- und Vernetzungstreffen aller bisher ausgebildeten Trainer/-innen.

Wer mitmacht, ist gleichzeitig berechtigt, an der Tagung »Demokratie-Lernen in der Einwanderungsgesellschaft« teilzunehmen.

19. bis 21. Februar 2010. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode SJT 8914

Arbeitersport: Längst ist Fußball ein profitabler Zweig der Unterhaltungsindustrie geworden. Der Identifikation mit dem eigenen Verein tut das trotzdem keinen Abbruch – besonders »auf Schalke«, wo es aber – wie meist im Geflecht von Sport und Medien – heute um eine andere »Kohle« geht als früher im Ruhrgebiet.

Die Verwandlung eines Arbeitersportvereins in einen Wirtschaftsbetrieb ist Teil des Strukturwandels im Ruhrgebiet, dessen Prägung durch den Bergbau gerade verschwindet. Mit Stadionbesuch!

16. bis 19. Februar 2010. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode: ASP 310093007

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de und www.dgb-bildungswerk.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

**An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin**



Ich möchte monatlich Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	